

Was spricht für die Einführung eines bedingungslos gezahlten, ausreichenden Grundeinkommens? (Vortragsmanuskript)

Manuel Franzmann, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main

Mit diesem Vortrag verfolge ich in erster Linie das Ziel, einen Beitrag zur Selbstverständigung im noch jungen und sich formierenden *Netzwerk Grundeinkommen* zu leisten in einer Frage, die mir für das Netzwerk zentral zu sein scheint: Was spricht für die Einführung insbesondere eines *bedingungslos* gezahlten, ausreichenden Grundeinkommens? Unter *bedingungslos* verstehe ich dabei ganz einfach, daß eine politische Gemeinschaft (heute in der Regel ein Nationalstaat) einen identischen Grundeinkommensbetrag an alle ihre Mitglieder unabhängig von irgendwelchen Bedingungen wie Einkommensbedürftigkeit, Arbeitslosigkeit, Arbeitsbereitschaft, Alter, etc. zahlt. Die einzige „Bedingung“ ist die Zugehörigkeit zur betreffenden politischen Gemeinschaft, die aus ihrem Steueraufkommen ein solches Grundeinkommen bestreitet. Aber das ist eine triviale Bedingung, die schlicht aus dem Umstand resultiert, daß eine partikulare politische Gemeinschaft – eine politische Gemeinschaft auf Weltebene existiert ja noch nicht und ist auch nicht in greifbarer Nähe – unmöglich ein Grundeinkommen an alle Menschen zahlen kann. Es wäre daher falsch, aus der „Bedingung“ der Zugehörigkeit zur betreffenden politischen Gemeinschaft den Schluß zu ziehen, ein solches Grundeinkommen sei also doch nicht ganz bedingungslos. Das hier thematisierte Grundeinkommen als solches ist vollkommen bedingungslos. Wenn es nicht an alle Menschen gezahlt werden kann, dann liegt das nicht an der Konstruktion des Grundeinkommens als solcher, sondern am Fehlen einer politischen Vergemeinschaftung auf Weltebene, die allein die Zahlung eines Grundeinkommens an alle Menschen ermöglichen würde.¹

Die Frage was für die Einführung eines bedingungslos gezahlten, ausreichenden Grundeinkommens spricht, werde ich hier aus zwei Blickwinkeln thematisieren, die sich komplementär zueinander verhalten und sich wechselseitig ergänzen. Der erste Blick wird auf die Krisenkonstellation gerichtet sein², vor deren Hintergrund die Einführung eines

¹ Die Zahlung eines Grundeinkommens auch an steuerzahlende, langjährig am Leben einer politischen Gemeinschaft teilnehmende Nicht-Staatsbürger wäre als eine begrenzte Erweiterung des Kreises der Grundeinkommensempfänger zu verstehen durch eine Personengruppe, die zwar (noch) nicht vollgültig zugehörig ist, aber auch keinen Gaststatus (mehr) hat, sondern mitten im Übergang zwischen Nicht-Zugehörigkeit und Zugehörigkeit befindlich ist. Da die Regelungen für diesen Personenkreis von vornherein den Status von Sonderregelungen haben, kann er hier bei einer grundsätzlichen Thematisierung der Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens auch zunächst einmal außer acht bleiben.

² Diesbezüglich knüpfe ich durchgehend an die sehr elaborierte, soziologische Krisendiagnose an, wie sie Ulrich Oevermann entwickelt hat. Siehe vor allem: Mitschke & Oevermann 2001; Oevermann 1983; 1999; 2001b

bedingungslos gezahlten, ausreichenden Grundeinkommens als sich aufdrängende Lösungsstrategie erscheint. Der zweite Blick gilt dann der gesellschaftlichen Dynamik, die durch Einführung eines solchen Grundeinkommens aller Voraussicht nach freigesetzt würde. Angesichts des engen zeitlichen Rahmens und der Komplexität der Gegenstände kann ich dabei nur sehr holzschnittartig – und ich befürchte sträflich kurz – einige mir als besonders wichtig erscheinende Aspekte zur Sprache bringen. Eine meiner Thesen wird sein, daß einerseits die Krisendiagnose und andererseits die prognostizierbare Dynamik einer Gesellschaft mit Grundeinkommen je für sich schon starke Argumente für die Einführung eines bedingungslosen, ausreichenden Grundeinkommens liefern und daß beides zusammengenommen ein erstaunlich konsistentes Gesamtbild ergibt – erstaunlich konsistent insbesondere vor dem Hintergrund des in der deutschen Öffentlichkeit in den letzten Jahren vorherrschenden, von fundamentalen Selbstwidersprüchen gekennzeichneten Krisendiskurses. Vor diesem Hintergrund muß es dann auch als Mißstand erscheinen, daß die Diskussion insbesondere um das bedingungslose Grundeinkommen in der deutschen Öffentlichkeit trotzdem eine kaum wahrnehmbare Randexistenz führt, auch wenn sich seit Verabschiedung der sogenannten Hartz IV Gesetze diese Situation allmählich zu verändern scheint. In der Beseitigung dieses Mißstandes sehe ich die wichtigste Herausforderung des Netzwerks Grundeinkommen, das in meinen Augen nicht als politisches Bündnis von Interessengruppen, die an der Einführung eines Grundeinkommens interessiert sind, verstanden werden sollte sondern als von solchen Interessengruppen möglichst unabhängiges, rein „intellektuelles“³ Netzwerk, das den Grundeinkommensvorschlag argumentativ in die öffentliche Debatte hineinträgt und dort vertritt und zugleich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Vorschlag vorantreibt. Ich wende mich nun den beiden angekündigten Foci zu.

Erster Focus: Die aktuelle Krisenkonstellation

Beim ersten Focus auf die aktuelle Krisenkonstellation fällt insbesondere die tiefgreifende Krise des „Sozialstaats“ ins Auge. Die Ursachen dieser Krise liegen offenkundig in einem Ineinandergreifen verschiedener, zunächst einmal klar voneinander zu unterscheidender Entwicklungen, von denen ich nur wenige exemplarisch nennen möchte:

³ „Intellektuell“ ist hier natürlich nicht mit „akademisch“ gleichzusetzen, sondern soll für eine spezifische Praxis in der politischen Öffentlichkeit stehen, deren Gegenstand das wertbezogene, intellektuelle Raisonement über bestehende Krisen und deren Lösung ist, und zwar in Reinkultur frei von politischer Entscheidungsverantwortung, wie sie in Machtpositionen befindliche Politiker tragen, und bei Wahrung der Unabhängigkeit gegenüber konkreten politischen Interessenverbänden, sowie nur mit argumentativen Mitteln. Vgl. etwa Franzmann 2004.

- im Bereich der Krankenversicherung etwa in einer nicht zuletzt mit dem begrüßenswerten medizinischen Fortschritt verbundenen erheblichen Kostendynamik,
- im Bereich der Alterssicherung vor allem in einem drastisch ansteigenden Finanzierungsbedarf, aufgrund der erfreulichen Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung einerseits, sowie aufgrund des (bislang) sinkenden Renteneintrittsalters andererseits, also zusammengenommen aufgrund der viel längeren Rentenzeiten bei gleichzeitigem Sinken der durchschnittlichen Geburtenrate unter das Niveau der bloßen Reproduktion und einem damit verbundenem zukünftigen Schrumpfen der Generation der Leistungsträger⁴, welche die ohnehin schon wachsenden Finanzierungslasten nun auch noch mit verminderter Generationenstärke schultern muß,
- im Bereich der Arbeitslosenversicherung und der überwiegend von den Kommunen getragenen Sozialhilfe insbesondere in die seit Mitte der 1970er Jahre stufenweise anwachsenden strukturellen Massenarbeitslosigkeit und der steigenden Beanspruchung der Sozialhilfe durch Problemlagen im Zusammenhang mit fragmentierten Familienverhältnissen, Behinderungen und Migration.

Eine Gemeinsamkeit dieser und weiterer Entwicklungen ist, daß sie je für sich dazu beitragen, die Finanzierungsproblematik des sozialstaatlichen Leistungssystems zu vergrößern und eine tiefgreifende Krise der Finanzierbarkeit dieses Systems heraufzubeschwören. Nun sind einige der genannten Entwicklungen zweifellos im Kern begrüßenswert und werden von der deutschen Öffentlichkeit auch entsprechend positiv bewertet. Dazu gehört der medizinische Fortschritt ebenso wie die – zum Teil damit zusammenhängende – wachsende Lebenserwartung. Man kommt also um das Tragen einer größeren Finanzierungslast nicht herum, auch wenn natürlich versucht werden muß, so gut es geht, Einsparungsmöglichkeiten und Effizienzreserven zu mobilisieren. Andere Entwicklungen werden dagegen von der Öffentlichkeit als Fehlentwicklungen eingestuft, und es sollen und werden Anstrengungen zu ihrer Bekämpfung unternommen. Darunter befinden sich das Sinken der Geburtenrate unter die zur Reproduktion der Gesellschaft nötige Fertilität wie auch die trotz langjähriger Bemühungen nicht zurückgehende hohe Arbeitslosigkeit. Daß eine Geburtenrate unterhalb der zur Reproduktion nötigen Rate langfristig ein Problem darstellen muß, liegt auf der Hand. Ihre Kompensation mittels massiver Einwanderung erscheint aufgrund der damit verbundenen erheblichen Integrationslasten von vornherein nur als Notlösung, und es ist auch die Frage, ob eine Kompensation auf diesem Wege überhaupt möglich ist. Bei der hohen Arbeitslosigkeit dagegen versteht es sich keineswegs von selbst, sie als eine Fehlentwicklung zu betrachten,

⁴ Die durch die verlängerten Bildungszeiten und späteren Berufseinstiegszeiten ohnehin schon eine geringere Zahl von Altersjahrgängen als früher umfaßt.

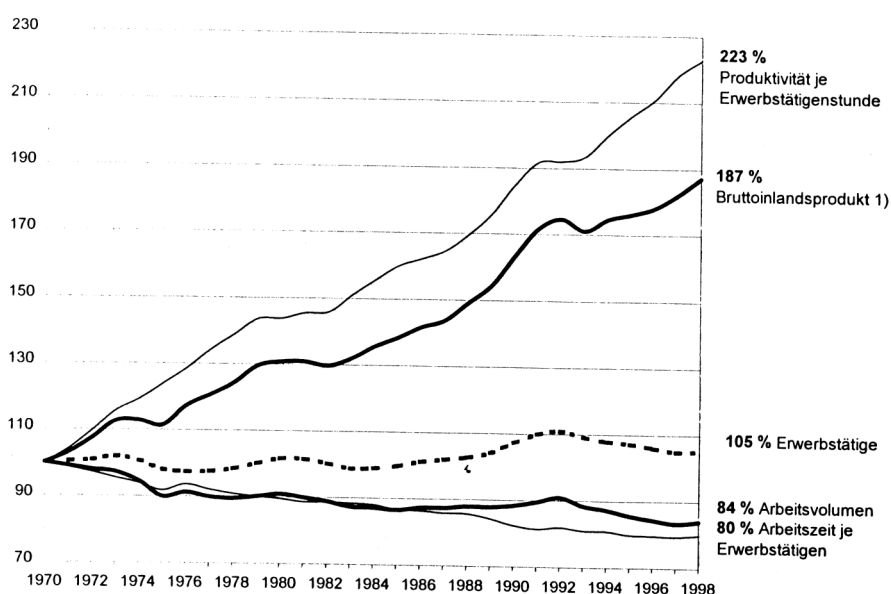
gegen die vorzugehen sei. Denn die Arbeitslosigkeit wäre dann kein grundsätzliches Problem, wenn sie vor allem die naturwüchsige Folge einer Entwicklung des Wertschöpfungsprozesses wäre, in dem die quantitative Bedeutung des Produktionsfaktors *lebendige menschliche Arbeitskraft* aufgrund des technologischen Fortschritts und der mit ihm verbundenen Rationalisierungsmöglichkeiten abnimmt und parallel die Bedeutung des Produktionsfaktors *Wissen* (und damit verbunden die Bedeutung eines quantitativ beschränkten Sektors hochqualifizierter, insbesondere „kreativer“ bzw. krisenbewältigender und daher nicht wegrationalisierbarer Tätigkeiten) zunimmt. Und genau dafür gibt es deutliche Hinweise, wie ich an späterer Stelle nur andeuten kann. Zuvor möchte ich allerdings noch eine wichtige Besonderheit der stufenweisen Entwicklung einer „Sockelarbeitslosigkeit“ seit Mitte der 1970er Jahre konstatieren. Die Finanzierung des sozialstaatlichen Leistungssystems fußt bekanntlich bislang vor allem auf der Abschöpfung von Einkommen aus Erwerbsarbeit. Ein Teil davon sind Lohn- und Einkommenssteuern, ein anderer Teil sind die Beiträge zur Sozialversicherung, die allerdings fast nur von den sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen aufgebracht werden, also überwiegend von abhängig Beschäftigten. Die hohe Arbeitslosigkeit stellt nun nicht nur eine erhebliche zusätzliche Kostenquelle für das sozialstaatliche Leistungssystem dar, sondern bedeutet zugleich auch eine Schmälerung von dessen Finanzierungsbasis, und das, obwohl sich diese Finanzierungsbasis ja eigentlich erweitern müßte. Den Entwicklungen im Bereich der Erwerbsarbeit kommt daher eine Schlüsselbedeutung für die Sozialstaatskrise zu, und es ist nur zu verständlich, wenn – neben einer konsequenten Rationalisierung des sozialstaatlichen Leistungssystems – vor allem in mehr Wachstum und Beschäftigung die wichtigste Herausforderung der Sozialstaatskrise gesehen wird.

Was nun aber, wenn die vor allem seit Anfang der 1980er Jahre immer wieder diskutierte These stimmt, daß sich der moderne kapitalistische Wertschöpfungsprozeß aufgrund des technologischen Fortschritts mit einem fortschreitend geringeren Quantum des Produktionsfaktors *lebendige menschliche Arbeitskraft* entfaltet? In diesem Fall würde das ganze auf Erwerbsarbeit ausgerichtete Verteilungssystem aus den Fugen geraten, und es würde die Erwerbsarbeit als Normalmodell für das Erwachsenenleben in modernen Industrienationen in eine fundamentale Krise gestürzt werden. Die Krise läge darin, daß ein kollektiver Lebensentwurf nicht mehr weitergeführt werden könnte, der – historisch von der durch Weber so bewundernswert analysierten protestantischen Ethik abstammend – über zweihundert Jahre lang als säkularisierte Leistungsethik eine bewährte universalistische Grundlage des auf der Gleichheit aller Mitglieder des Gemeinwesens fußenden

Zusammenlebens in den Industrienationen war.⁵ Es handelte sich also im Kern um eine viel tiefer gehende Krise als eine ökonomische Krise oder eine Finanzierungs Krise: um eine „religiöse“ Krise des kollektiven Lebensentwurfs bzw. säkularen Glaubens, der den gesellschaftlichen Institutionen als „Legitimationsglauben“ (Max Weber) zugrunde liegt. Dann könnten die Finanzierungsprobleme des Sozialstaats nur gelöst werden, wenn zuvor die tiefer liegende „Krise der Arbeitsgesellschaft“ gelöst würde, was letztlich nur dadurch möglich wäre, daß man sich durch Einführung eines bedingungslos gezahlten, ausreichenden Grundeinkommens von Erwerbsarbeit als Normalmodell, dem mehr oder weniger alle erwachsenen Mitglieder des Gemeinwesens zu entsprechen haben, verabschiedete.

Nun deutet bereits die folgende Darstellung der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts, des Arbeitsvolumens, der Arbeitszeit und der Stundenproduktivität in den alten Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1970 bis 1998 auf eine so verstandene Krise der Arbeitsgesellschaft hin.

Abbildung IV.2:
Bruttoinlandsprodukt, Arbeitsvolumen, Arbeitszeit und Produktivität in den alten Bundesländern (1970 = 100)



1) Real, in Preisen von 1991

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IAB

[Die Abbildung entstammt der Publikation: Bäcker et al. 2000, S. 263]

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen ist im dargestellten Zeitraum trotz enormer Ausweitung der Wertschöpfung um 16 % gesunken. Der zu verteilende Reichtum an Waren

⁵ Siehe hierzu vor allem Oevermann 2001b

und Dienstleistungen wächst also in erheblichem Umfang, obwohl das Arbeitsvolumen stetig zurückgeht. Das Sinken des Arbeitsvolumens ist nicht etwa auf ein Schrumpfen der Bevölkerung, der Zahl der Erwerbstätigen oder Erwerbspersonen und auch nicht auf ein Schrumpfen der Erwerbsquoten zurückzuführen. Die Bevölkerung ist im Darstellungszeitraum vielmehr von 61,0 Millionen auf 66,7 Millionen angewachsen.⁶ Und auch die Zahlen der Erwerbstätigen und der Erwerbspersonen haben deutlich zugenommen, und selbst die Erwerbsquoten sind deutlich gestiegen⁷, was das Sinken des Arbeitsvolumens um so erklärungsbedürftiger macht. Zu erklären ist es nur durch die drastische Steigerung der Arbeitsproduktivität, die in einem noch deutlich größeren Maß gestiegen ist als die Wertschöpfung, und durch die über die Jahrzehnte hinweg stetigen, erheblichen Arbeitszeitverkürzungen bzw. durch das Sinken der Arbeitszeit je Erwerbstätigem. Nun ließe sich gegen den vor diesem Hintergrund getätigten Schluß auf einen naturwüchsigen Trend zum Sinken des Arbeitsvolumens und einer darin begründeten Krise der Arbeitsgesellschaft auf den ersten Blick einwenden, daß man die hohen Steigerungen der Arbeitsproduktivität und dadurch bedingt des Wohlstandes nicht für Arbeitszeitverkürzungen hätte nutzen müssen. Daher sei das Sinken des Arbeitsvolumens keine *naturwüchsige* – nur um den Preis der Unvernunft zu verhindernde – Entwicklung sondern eine vermeidbare, selbstverschuldete Fehlentwicklung. Buchstabiert man jedoch das Gedankenexperiment einer Entwicklung *ohne* Arbeitszeitverkürzungen aus, stößt man darauf, daß das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen nur dann nicht gesunken wäre, wenn es für das in diesem Falle ja noch viel größere Bruttoinlandsprodukt auch eine (zahlungskräftige) Nachfrage gegeben hätte. Und das läßt sich nur als abenteuerliche Annahme bezeichnen.⁸ Der besagte Einwand steht daher auf sehr schwachen Füßen. Ein anderer Einwand lautet, das Sinken des Arbeitsvolumens und die strukturelle Massenarbeitslosigkeit seien auf zu hohe Tarifforderungen der Tarifpolitik der 1970er und 1980er Jahre zurückzuführen, die den Faktor lebendige menschliche Arbeit über Gebühr verteuert und aus diesem Grund ein Sinken der Arbeitsnachfrage *verursacht* hätten. Ob an dieser These etwas Richtiges ist, kann hier dahingestellt bleiben, da eines klar ist: Der

⁶ Statistisches Bundesamt 2002, S. 29

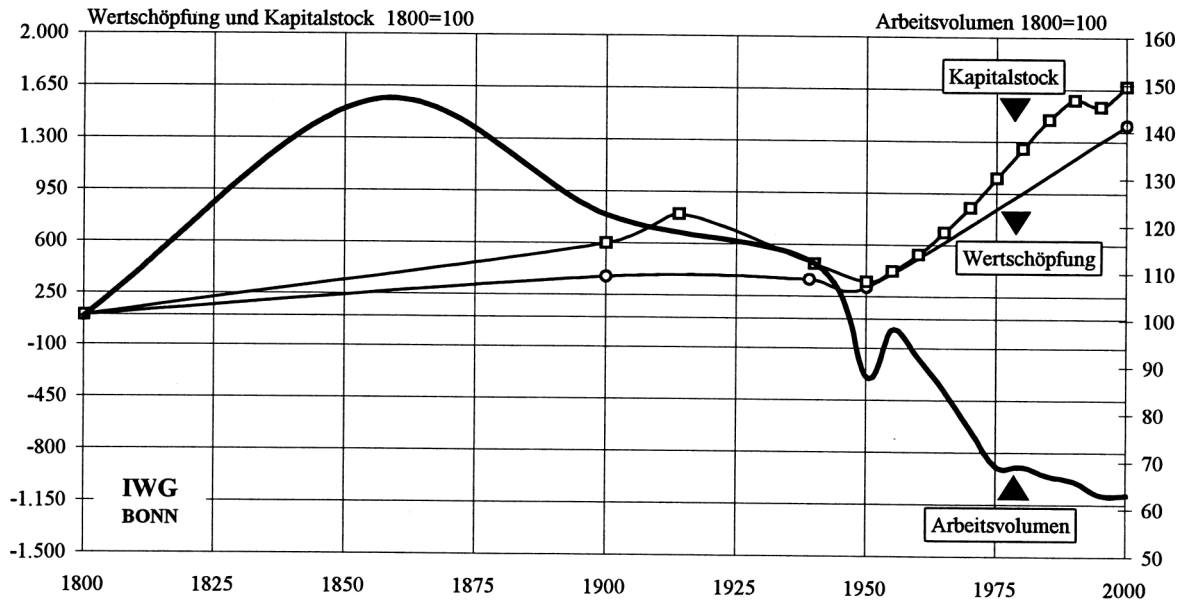
⁷ Ebd., S. 86-89

⁸ Auf diese Prämisse stützt etwa Jörg Althammer, der neuerdings ein ganzes Buch der Frage der „Erwerbsarbeit in der Krise“ gewidmet hat, unter anderem implizit seine Kritik. Siehe etwa: Althammer 2002, S. 34-35

Wenn Althammer seine Kritik an der These einer „Krise der Erwerbsarbeit“ unter anderem auf die implizite Prämisse stützt, die stetigen Arbeitszeitverkürzungen hätten aufgrund des Vorhandenseins eines Nachfragepotentials für das entsprechend höhere Bruttoinlandsprodukt im Prinzip auch unterbleiben können und seien im Kern eine Entscheidung für das bloße Verkonsumieren des gestiegenen Wohlstandes, dann kann er sich dabei zwar sicherlich mit einer Tendenz im aktuellen Krisendiskurs einig wissen, welche die vorherrschende Krise geradezu simplizistisch als Folge eines über die Jahre hinweg stattgehabten Prozesses der „arbeitsethischen Verweichlichung“ und eines Lebens über den Verhältnissen deutet. Dann ändert dies jedoch nichts an der Tatsache, daß sachlich eher derjenige die Begründungslast trägt, der seine Kritik an der These der „Krise der Erwerbsarbeit“ unter anderem auf eine so abenteuerliche Prämisse wie die des Vorhandenseins eines Nachfragepotentials für das ohne Arbeitszeitverkürzungen entsprechende viel größere Bruttoinlandsprodukt stützt.

Trend eines sinkenden Arbeitsvolumens ist ein viel zu langfristiger, als daß er mit Thesen, die sich auf so kurzfristige Entwicklungen beziehen, erklärt werden könnte.⁹ Die Langfristigkeit dieses Trends zeigt das folgende Schaubild.

Schaubild 12: Entwicklung von Wertschöpfung, Kapitalstock und Arbeitsvolumen pro Einwohner in Deutschland* 1800-2000 (schematische Darstellung)



*1950 bis 1990 nur Westdeutschland, 2000 geschätzt

Quellen: Henning, F.-W. (1984/1985), IW, Statistisches Bundesamt sowie Berechnungen des IWG BONN

[Dieses Schaubild entstammt ebenfalls der Publikation: Miegel & Wahl 2002, S. 62]

⁹ Jörg Althammer etwa bemüht das schon erwähnte *Wachstum des Arbeitskräfteangebots* zur Erklärung der seit Mitte der 1970er Jahre bestehenden strukturellen Massenarbeitslosigkeit. „Fasst man die aggregierten Trends auf dem Arbeitsmarkt zusammen, so lässt sich festhalten, dass das Beschäftigungsproblem in Deutschland nicht durch eine säkular stagnierende oder gar rückläufige Arbeitsnachfrage verursacht ist. Die Hypothese vom „Ende der Erwerbsgesellschaft“ ist mit den empirischen Fakten nicht vereinbar. Ursächlich für die lang anhaltende und bis in die jüngste Zeit tendenziell steigende Arbeitslosigkeit ist vielmehr die Tatsache, dass die *Nachfragedynamik auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht ausreichte*, um das deutlich gestiegene Arbeitskräfteangebot zu absorbieren.“ Ebd., S. 48 [Hervorhebung von mir]. Zu der von mir kursiv markierten Feststellung, daß die *Nachfragedynamik auf dem Arbeitsmarkt nicht ausreichte*, um das gestiegene Arbeitskräfteangebot zu absorbieren, kann Althammer nur kommen, weil er implizit als Indikator der *Nachfragedynamik* die Zahl der Arbeitsplätze verwendet, komplementär zur Zahl der Erwerbstätigen als Indikator des Arbeitskräfteangebots. Das Sinken des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens wird auf diese Weise – fast schon trickreich – unkenntlich gemacht, eine Operation, die Althammer bereits einige Buchseiten zuvor vorbereitet hat, indem er die analytische Aufmerksamkeit weg vom gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen als angeblich wenig brauchbarem Indikator hin zur Zahl der Erwerbstätigen gelenkt hat. Berücksichtigt man jedoch das Sinken des Arbeitsvolumens, erscheint Althammers resümierende Aussage „dass die *Nachfragedynamik auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht ausreichte*, um das deutlich gestiegene Arbeitskräfteangebot zu absorbieren“ als regelrecht irreführend und verharmlosend, was natürlich bei einer Buchpublikation, in der es zentral um die Prüfung der These einer Krise der Erwerbsarbeit geht, besonders beklagenswert ist. Es bleibt in Althammers Darstellung so im übrigen auch die Tatsache unberücksichtigt, daß die wachsende Zahl von Erwerbstätigen und Arbeitsplätzen angesichts des sinkenden gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens nur deswegen die Zahl der Arbeitslosen nicht noch erheblich vergrößert hat, weil durch die Arbeitsverkürzungen eine drastische Umverteilung des sinkenden Arbeitsvolumens auf eine größere Zahl von Köpfen stattgefunden hat.

Es zeigt zwei Epochen: erstens eine Epoche des klassischen Industriezeitalters mit arbeitsextensiver Produktion, eine Epoche, die mit der Entstehung demokratisch verfaßter Nationalstaaten und der mit diesen untrennbar verbundenen kapitalistischen Produktionsweise anhebt, sowie zweitens eine Epoche der überwiegend wissensbasierten Produktion, die sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bereits im Sinken des Arbeitsvolumens pro Einwohner ankündigt, um dann nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Öffnung der Schere zwischen dem enormen Wachstum der Wertschöpfung und des Kapitalstocks pro Einwohner einerseits und dem sinkenden Arbeitsvolumen pro Einwohner andererseits regelrecht loszubrechen. Dieser Beginn einer Phase der nicht mehr arbeitsextensiven sondern zunehmend die Arbeit quantitativ reduzierenden und auf akkumuliertem Wissen gründenden Wertschöpfung fällt nicht zufällig in etwa mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland in eins, der ersten stabilen Demokratie auf deutschem Boden, die zugleich die längste Periode des Friedens in der deutschen Geschichte umfaßt. Die seit ihrer Gründung zu verzeichnenden ungeheuren Fortschritte der Arbeitsproduktivität und der kontinuierliche Aufbau des Kapitalstocks wären ohne die förderlichen Bedingungen eines Gemeinwesens in Frieden und Freiheit ohne Zweifel nicht möglich gewesen. Die von dem Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland bereitgestellten Rahmenbedingungen erlaubten offensichtlich eine ungestörte, konzentrierte Fortentwicklung technologischer Problemlösungen und die unterbrechungsfreie, stetige Akkumulation des Kapitalstocks, mit deren Hilfe sich die Arbeitsproduktivität so enorm steigern ließ. Für die im vorliegenden Zusammenhang besonders interessierende Frage der Existenz eines naturwüchsigen Trends zum Sinken des Arbeitsvolumens ist nun von Interesse, daß ein Sinken des Arbeitsvolumens pro Einwohner schon seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu konstatieren ist und sich kontinuierlich über einen nun mehr als 140jährigen Zeitraum erstreckt.

Das Schaubild verweist darüber hinaus auf einen merklichen Bruch in dieser Entwicklung: Mitte der 1970er Jahre, also zeitgleich mit dem Aufkommen der strukturellen Massenarbeitslosigkeit, kommt das Sinken des Arbeitsvolumens pro Einwohner zeitweise ganz zum Stehen, um in der Folgezeit in geringerem Umfang als in den voraus liegenden Jahren weiterzugehen – und dies, wie das vorausgehende Schaubild zeigt, bei fortschreitendem, wenn auch zeitweise sich interessanterweise abschwächendem Wachstum der Stundenproduktivität. Das Aufkommen der strukturellen Massenarbeitslosigkeit scheint also eine Umsetzung der weiter steigenden Arbeitsproduktivität in Arbeitszeitverkürzungen nicht etwa beschleunigt sondern gebremst zu haben, was angesichts der Tatsache, daß die Massenarbeitslosigkeit den Ruf nach einer gerechten Umverteilung des schrumpfenden Arbeitsvolumens laut werden ließ, zunächst einmal ein erstaunlicher Befund ist. Und tatsächlich stagnieren die tariflichen bzw. betriebsüblichen Arbeitszeitverkürzungen ab 1975 bis etwa 1983 fast vollständig, um erst im Anschluß wieder etwas fortzuschreiten. Dieser

Umstand kann unter anderem auf den Machtverlust zurückgeführt werden, den die Gewerkschaften angesichts der Massenarbeitslosigkeit bei der Durchsetzung ihrer Tarifforderungen erlitten haben. Konnten sie vor dieser Massenarbeitslosigkeit noch ohne größere Schwierigkeiten Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich oder gar mit Lohnerhöhungen durchsetzen – die Arbeitgeber waren vor der Zeit der Massenarbeitslosigkeit ja in viel stärkerem Maß auf das noch knappe „Arbeitskräfteangebot“ angewiesen –, war unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit die Verhandlungsposition der gewerkschaftlichen Interessenvertretung dieses Arbeitskräfteangebots naturgemäß sehr geschwächt. Und die Gewerkschaften als primäre Interessenvertretung der Arbeitsplatzinhaber waren natürlich nicht bereit, einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich zugunsten der Arbeitslosen ohne weiteres zuzustimmen. – In der Zwischenzeit ist die Verhandlungsposition der Arbeitnehmerschaft weiter gesunken, so daß seit diesem Jahr nun sogar Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich auf der Tagesordnung stehen.¹⁰ Solche Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich bedeuten die Verbilligung des Faktors lebendige menschliche Arbeitskraft.

Mit den beiden Schaubildern will ich vor allem eines zeigen: Daß es für die Hypothese einer „Krise der Erwerbsarbeit“ – entgegen anderslautender Behauptungen¹¹ – starke Evidenzen gibt. Führt man sich vor Augen, welche fatale Konsequenzen ein Ignorieren dieser Krise wohl zeitigen würde, dann wird deutlich, daß es sich um eine Hypothese handelt, deren weitere wissenschaftliche Prüfung und Klärung dringend geboten ist und keinen Zeitverzug erlaubt. Im Grunde verhält es sich hier ähnlich wie früher bei der Hypothese eines menschlich verursachten Treibhauseffekts, bei der die wissenschaftliche Klärung der zeitweise sehr

¹⁰ Siehe hierzu folgenden erhellenden Artikel aus der Wochenzeitung DIE ZEIT, in dem bei einer Reihe von Verhandlungsrunden der Machtverlust der gewerkschaftlichen Interessenvertretung detailliert am Fall aufgezeigt wird. Lamparter, Rudzio & Uchatius 2004

¹¹ Siehe etwa Althammer: „Die Hypothese vom ‚Ende der Erwerbsgesellschaft‘ ist mit den empirischen Fakten nicht vereinbar.“ Oder auch: Schmidt 1999. Nicht nur ist die Hypothese mit den oben präsentierten empirischen Fakten vereinbar. Sie ist sogar zunächst einmal die sparsamste, plausibelste, nächstliegende Deutung dieser empirischen Fakten. Und von einer triftigen empirischen Widerlegung mit Hilfe zusätzlicher Fakten kann aus meiner Sicht bislang nicht die Rede sein.

Ein Journalist der „Netzzeitung“ wendete gegen den mündlichen Vortrag dieses Manuskripts und die darin vertretene These von einem naturwüchsigen Sinken des Arbeitsvolumens folgendes ein: „Jedermann kann sich durch einfache Anschauung davon überzeugen, dass unsere Gesellschaft nach wie vor davon geprägt und geplagt ist, wie viel wünschenswerte, ja sogar zu ihrer Reproduktion notwendige Arbeit unerledigt liegen bleibt, dass nicht nur die soziale und kulturelle Infrastruktur von der Bildung bis zur Altenpflege nach wie vor viel zu wünschen übrig lässt, sondern dass in Zeiten knapper öffentlicher Kassen sogar die technische Infrastruktur von Schulen bis Verkehrswegen verfällt.“ (Helfer 2004). Dieser – zweifellos typische und verbreitete – Einwand geht natürlich an der These vorbei, da er bezeichnenderweise nur solche Formen von unerledigter Arbeit anzuführen weiß, die von öffentlicher Finanzierung abhängig sind. Stichhaltig wäre der Einwand nur dann, wenn er auch für die von öffentlicher Finanzierung unabhängige, sich selbst tragende Erwerbsarbeit gälte, auf deren Besteuerung die öffentliche Hand angewiesen ist.

umstrittenen Hypothese unter der Dringlichkeit einer möglicherweise menschenverursachten Erdwärmung mit vielleicht katastrophalen Folgen stand.

Was wären die zu erwartenden Folgen einer Ignoranz gegenüber der Krise der Erwerbsarbeit? Ganz allgemein formuliert, daß sich die Gesellschaft an einen überholten kollektiven Lebensentwurf bindet und in der Aufrechterhaltung dieser – angesichts eines naturwüchsig sinkenden Arbeitsvolumens immer weniger einlösbaren – Bindung in immer größeren Umfang Energien verschwendet, zu Verrenkungen gezwungen wird und sich selbst fesselt. Konkret, daß etwa Unternehmer in der Ausübung ihres Berufs erheblich eingeschränkt werden, weil die politische Gemeinschaft, der sie angehören, von ihnen weiterhin verlangt, nicht nur Unternehmer sondern auch „Arbeitgeber“ zu sein und Arbeitsplätze zu schaffen (oder diese wenigstens nicht zu streichen). Die Rolle des Unternehmers und die Rolle des Arbeitgebers – die man analytisch strikt auseinanderhalten muß, auch wenn sie in der Vergangenheit eine Synthese bildeten – würden zunehmend in Widerspruch zueinander geraten und sich gegenseitig behindern. In ihrer Eigenschaft als Unternehmer müssen sie die durch den technologischen Fortschritt erzeugten Rationalisierungspotentiale offensiv nutzen, auch wenn dies die Einsparung von Arbeitsplätzen zur Folge hat. Einsparung von unnötiger Arbeit ist per se ja auch etwas Wünschenswertes und Vernünftiges. Solange die Gemeinschaft von ihnen aber zugleich verlangt, daß sie Arbeitgeber sind, obwohl sie für ihre Produktion zunehmend weniger lebendige menschliche Arbeitskraft benötigen, können sie die arbeitssparenden Rationalisierungspotentiale auch nur *defensiv* nutzen. Sie müssen bei der Streichung von Arbeitsplätzen gegenüber der Öffentlichkeit entweder nachweisen, daß diese Streichung zum Überleben des in Marktkonkurrenz befindlichen Unternehmens notwendig ist. Oder aber sie müssen mit dem – offenbar immer wirksameren – Drohmittel einer Verlagerung der Produktion ins Ausland operieren, dem die nationalstaatlichen politischen Gemeinschaften in Zeiten einer globalisierten Wirtschaft nur bedingt etwas entgegensetzen können.¹² Die Krise der Erwerbsarbeit würde also zu einer handfesten Bremse für die unternehmerische Tätigkeit und die Entwicklung der kapitalistischen Wertschöpfung im Ganzen – die sich aber zur Bewältigung der steigenden Finanzierungslasten des Sozialstaats und anderer staatlicher Aufgaben gerade möglichst restriktionsfrei entfalten können müßte. In diesem Fall ließe sich tatsächlich einmal bis zu einem gewissen Grade das Marxsche Theorem eines Widerspruchs zwischen den Produktionsverhältnissen einerseits und den Produktivkräften andererseits zur Anwendung bringen, zumindest dann, wenn man das Festhalten an Erwerbsarbeit als Normalmodell als „Produktionsverhältnis“ interpretiert und

¹² Wenn Unternehmer dieses Drohmittel jedoch allzu kaltschnäuzig verwenden, hat dies wiederum negative Folgen für die Arbeitsmotivation und Gefolgschaftstreue der Mitarbeiterschaft.

die Produktivkräfte mit den nicht vollständig genutzten Rationalisierungspotentialen identifiziert.¹³

Eine weitere Folge wäre, daß diejenigen Berufstätigkeiten, die überwiegend durch standardisierbare Routinen gekennzeichnet sind – und das sind angesichts der Verfügbarkeit der Computertechnologie, die beliebige Routinen zu programmieren und zu automatisieren erlaubt, immer mehr Tätigkeiten –, eine progressive Entwertung erfahren – ganz im Kontrast zu Tätigkeiten, die dominant von Krisenbewältigung bzw. „Kreativität“ gekennzeichnet sind und eine höhere Qualifikation verlangen. Eine Entwertung sowohl im finanziellen Sinne als auch im Hinblick auf ihr Sinnerfüllungspotential, letzteres vor allem deswegen, weil eine Tätigkeit, von der bekannt ist, daß sie eigentlich rationalisierbar wäre, aber nur aus Gründen der Beschäftigungspolitik nicht rationalisiert wird, keine Quelle von Stolz und des Gefühls, der Gesellschaft mit der eigenen Arbeit einen Dienst zu erweisen, mehr sein kann. Das Festhalten an Erwerbsarbeit als Normalmodell würde also unter Bedingung des naturwüchsig weiter sinkenden Arbeitsvolumens die Leistungsethik gegen die Intentionen der Akteure fortschreitend aushöhlen, beschädigen und Erwerbsarbeit unter der Hand in ein hedonistisches Gut verwandeln, das es seinerseits gerecht zu verteilen gälte.¹⁴ Generell wären die Arbeitnehmer in tendenziell rationalisierbaren Berufen und in der Folge auch ihre gewerkschaftlichen Interessenvertretungen in ihrer gesellschaftlichen Machtposition erheblich geschwächt, weil diesen Arbeitnehmern latent die Wegrationalisierung drohte. Die Politik wäre fortwährend gezwungen, der Chimäre der Vollbeschäftigung hinterherzurrennen und eine Beschäftigungspolitik zu betreiben, bei der die Frage, ob bestimmte Arbeitsplätze ökonomisch überhaupt noch naturwüchsig nachgefragt werden und einen substantiellen Sinn machen, zunehmend in den Hintergrund tritt und statt dessen um jeden Preis Arbeit um der Arbeit willen geschaffen werden muß, weil man sich mit der Massenarbeitslosigkeit angesichts des geltenden erwerbsarbeitsethischen Normalmodells natürlich nicht abfinden kann. Arbeit um der Arbeit willen zu schaffen (Stichwort „Sozial ist, was Arbeit schafft“), bedeutet aber eine Pervertierung der traditionellen Leistungsethik und das Widererstreben einer Art Arbeitshausmentalität in veränderter Form (Stichwort „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“). Bloße Varianten der Hilflosigkeit einer solchen Politik wäre etwa das Unterdrucksetzen und Gängeln der Arbeitslosen (Stichwort: „Fördern und Fordern“), so als ob die Existenz der Massenarbeitslosigkeit mindestens zu einem wesentlichen Teil die Schuld

¹³ Aber es zeigte sich hier eben auch, daß diese „Produktionsverhältnisse“ gerade nicht nur ein „Überbau“ bzw. Appendix zu den Produktivkräften als dem vermeintlich entscheidenden und die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmenden Faktor sind, sondern eine eigenlogische, kulturelle Strukturierungskraft haben. Die Marxsche Theorie erweist sich so aufgrund ihrer konstitutionstheoretischen Schwäche und ihres Reduktionismus im Hinblick auf die Sphären der Politik, der Kultur, der Religion, etc. auch als ungeeignet zur Analyse der gegenwärtigen Krise der Erwerbsarbeit. Sehr viel nützlicher sind dagegen die für die Eigenlogik von Kultur offenen Theorien von Weber oder auch Hegel, dessen Theorie Marx in seiner Rezeption leider entgegen seiner Behauptung „auf den Kopf“ gestellt hat.

¹⁴ Vgl. Oevermann 2001b.

der Arbeitslosen wäre, die sich nicht genug um Arbeit bemühen. Statt die Arbeitslosen zu selbstbestimmten sinnvollen Tätigkeiten freizusetzen, wo sie doch ohnehin schon vom Wertschöpfungsprozeß „freigesetzt“ wären, würden sie in Weiterbeschäftigungsmaßnahmen, Sozialdienste, „Bürgerarbeit“ u.ä. gedrängt, und darin kontrolliert und bevormundet. Eine weitere Facette könnte eine Politik des forcierten Abbaus sozialstaatlicher Leistungen und des Sparens in Verbund mit der Beseitigung von Restriktionen für ein freies Unternehmertum sein, in der diffusen, illusorischen Hoffnung, der so vielleicht beförderte Wertschöpfungsprozeß würde einst wieder genügend Arbeitsplätze für alle abwerfen. Oder schließlich die Umverteilung des verfügbaren Arbeitsvolumens auf immer mehr Köpfe, etwa durch Förderung von Teilzeittätigkeiten (Stichwort: Holland). Und schließlich die künstliche Wiederaufblähung des Arbeitsvolumens durch Verbilligung und Subventionierung des Faktors lebendige menschliche Arbeitskraft, was ein unproduktives Ausspielen von Mensch gegen Maschine bedeutete.

Die Verteilung der Wertschöpfung würde verstärkt über Geldanlage und Kapitaleinkommen einerseits und über Erwerbseinkommen aus hochqualifizierter Beschäftigung andererseits erfolgen zulasten der Einkommen von Arbeitnehmern mit einer Berufstätigkeit vorwiegend aus im Prinzip standardisierbaren Routinetätigkeiten, bei denen Einbußen hinzunehmen wären. Letztere Gruppe hätte angesichts dessen auch immer weniger die Möglichkeit, an der verstärkt über Einkommen aus Geldanlage und Kapitaleinkommen erfolgenden Verteilung der Wertschöpfung zu partizipieren. Denn um gewinnträchtige Kapitalbeteiligungen zu erwerben und Geld im nennenswerten Umfang anlegen zu können, muß man erst einmal so viel Geld verdienen, daß man auf einen Teil davon notfalls auch verzichten kann. Bei gewinnträchtiger Geldanlage muß man eben in der Regel das Risiko möglicher Wertverluste im Anlagegeschäft tragen können. Dazu sind Geringverdiener naturgemäß nicht in der Lage. Die Liste von negativen Folgen ließe sich noch fortsetzen.

Diese Benennung von Folgen des Ignorierens einer Krise der Erwerbsarbeit liefert im übrigen, wie man sich beinahe hinzuzufügen sparen kann, weitere empirische Evidenz für die Existenz einer solchen Krise. Denn es gibt auffällig viele Gemeinsamkeiten zwischen diesen explizierten Folgen und der Phänomenologie der aktuellen Krisenkonstellation. Die Berichte der *Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen* aus den Jahren 1996.¹⁵ wie auch die Veröffentlichungen von *Meinhard Miegel* und *Stefanie Wahl*¹⁶ liefern

¹⁵ Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1996; 1997; 1998

¹⁶ Siehe insbesondere Miegel & Wahl 2002. In diesem Buch wird übrigens – was auch an vielen anderen Stellen greifbar wird – deutlich, daß der Abschied von Erwerbsarbeit als Normalmodell vielen aus verständlichen Gründen sehr sehr schwer fällt. Denn Meinhard Miegel und Stefanie Wahl präsentieren zwar eine bewundernswert stringente und umfassende Beweisführung mit einer Fülle von empirischen Evidenzen zugunsten der These einer Krise der Erwerbsarbeit, die sie sehr konsequent als Teil des unvermeidlich fortschreitenden universalhistorischen Rationalisierungsprozesses verstehen, aber die geradezu naheliegende

zusätzlich eine Fülle von Evidenzen. Dennoch ist es eine dringende Aufgabe der zukünftigen Forschung, die Hypothese eingehender zu prüfen. Dazu bieten sich nicht nur die einschlägigen statistischen sozioökonomischen Daten an, die m.E. noch gezielter und genauer als bisher auf die Hypothese einer Krise der Erwerbsarbeit zu befragen sind, sondern auch die fallrekonstruktive Erschließung der Struktur des aktuellen Krisendiskurses, der Struktur der von Seiten der Politik auf die Wege gebrachten Reformen inklusive ihrer Begründung, der mittels Interviews greifbaren, sich verändernden Deutungsmuster insbesondere von Staatsbürgern, die mit der Krise der Arbeitsgesellschaft in ihrer Lebenspraxis auf besondere Weise konfrontiert sein müßten: Wirtschafts- und Sozialpolitiker, Unternehmer¹⁷, Gewerkschafter, Berufstätige mit einer überwiegend von standardisierbaren Routinetätigkeiten geprägten Berufstätigkeit, die latent von Rationalisierung bedroht sind, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, Angestellte der Bundesagentur für Arbeit, usw. Besonders aufschlußreich dürften auch betriebswirtschaftliche Forschungen sein, bei denen exemplarisch bei ausgewählten Unternehmen und Branchen die gesellschaftlich verfügbaren Rationalisierungspotentiale rekonstruiert und dem in der Praxis des Unternehmens bzw. der Branche faktisch genutzten Teil dieses Potentials gegenüber gestellt wird. Wenn man noch zusätzlich Interviews mit den für Rationalisierungsentscheidungen verantwortlichen Unternehmern bzw. Managern führte und diese nach den Gründen für ungenutzt bleibende Rationalisierungspotentiale befragte, würde man Anhaltspunkte zur weiteren empirischen Prüfung der Frage in die Hand bekommen, wie folgenreich und restriktiv sich mittlerweile die nach wie vor den Unternehmern abverlangte Arbeitgeberrolle auf die Unternehmensführung und die Rationalisierungsentscheidungen auswirkt.

Eines ist bei den nötigen zukünftigen Forschungen zur Hypothese einer Krise der Erwerbsarbeit in meinen Augen analytisch ganz besonders im Auge zu behalten: der Unterschied zwischen einem Wirtschaftswachstum, das durch bloße Mehrarbeit zustande kommt, einerseits und einem Wirtschaftswachstum, das auf einer Steigerung der Arbeitsproduktivität bzw. der Fortentwicklung der Produktivkräfte beruht, andererseits. Anzustreben ist natürlich in erster Linie das letztere. Nur in diesem Fall verändert sich auch strukturell etwas und kann man von Fortschritt sprechen. Wie dringlich ein solcher Fortschritt ist, kann man sich leicht an der vieldiskutierten prognostizierbaren demographischen

Konsequenz der Verabschiedung von Erwerbsarbeit als Normalmodell ziehen sie dann doch nicht, und dies, ohne es auch nur mit einem Wort zu thematisieren oder gar zu begründen. So kommt es, daß die sachlich aus ihren Ausführungen geradezu herauspringende Notwendigkeit der Verabschiedung von Erwerbsarbeit als Normalmodell mittels Einführung eines bedingungslos gezahlten, ausreichenden Grundeinkommens in ihrer Ausführungen ein merkwürdiges „schwarzes Loch“ bleibt. Statt dessen sind sie krampfhaft darum bemüht, irgendwelche Wege der staatsinterventionistischen Aufblähung des Arbeitsvolumens ausfindig zu machen: Verwandlung von Schwarzarbeit in reguläre Arbeit, Verwandlung von bislang nicht kommerziell ausgeübten Tätigkeiten in marktgängige usw.

¹⁷ Siehe etwa Liebermann 2002

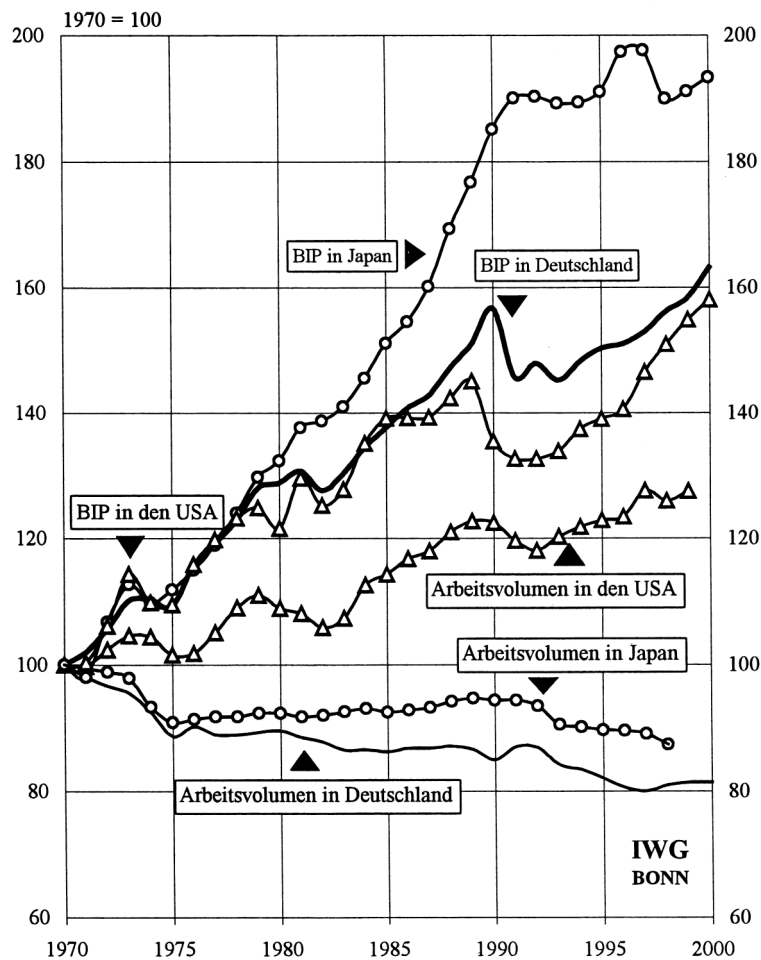
Entwicklung der nächsten Jahrzehnte klar machen: Das Schrumpfen der Bevölkerung und das Anwachsen des Gewichts der Rentner-Generation bewirkt, wie eingangs schon gesagt, daß die Generation der Leistungsträger zukünftig bei verminderter Größe eine wachsende Finanzierungslast zu tragen hat, sofern keine erheblichen Einschnitte im sozialstaatlichen Leistungssystem vorgenommen werden sollen. Das läßt sich – trivialerweise – nur bewerkstelligen, wenn die Leistungsträger ihre Leistung zukünftig auf Basis einer drastisch weiterentwickelten Arbeitsproduktivität liefern können. Nur dann sind sie dazu in der Lage, bei verminderter Generationenstärke die zur Bewältigung der steigenden Finanzierungslasten benötigte größere Wertschöpfung zu erzeugen. Es müßte politisch dementsprechend eigentlich alles dafür getan werden, daß sich insbesondere die Arbeitsproduktivität weiter entwickelt.

Statt dessen bürdet man aber den Unternehmern gesellschaftlich weiterhin die beschäftigungspolitische Verantwortung des „Arbeitgebers“ auf und versucht sie in der Öffentlichkeit entsprechend unter Druck zu setzen, wenn sie dieser Verantwortung nicht gerecht werden, weil sie sich etwa einer Ausnutzung arbeitssparender Rationalisierungspotentiale verschreiben. Und man subventioniert niedrig-produktive Erwerbsarbeit mit durchschnittlich geringen Qualifikationserfordernissen nach dem Motto „Besser bezahlte Arbeit, als bezahlte Arbeitslosigkeit“, anstatt die deutsche Volkswirtschaft konsequent weiter in Richtung hochproduktiver, hochqualifizierter Tätigkeiten fortzuentwickeln, was in der Vergangenheit bekanntlich über Jahrzehnte ermöglichte, trotz Konkurrenz auf dem Weltmarkt, höhere Löhne als in den meisten anderen Staaten zu zahlen. Durch die Subventionierung von niedrig-produktiven Tätigkeiten hält man nun aber Formen von Erwerbsarbeit am Leben (bzw. versucht sogar einen neuen Niedrig-Lohn-Sektor neu zu schaffen), die gegen die Konkurrenz der sogenannten Niedriglohnländer ohnehin nur bedingt zu verteidigen sind. Man führt hier also einen letztlich aussichtslosen, illusionären Kampf auf Kosten der Fortentwicklung der Arbeitsproduktivität. Und dort, wo den geringqualifizierten Arbeitslosen mit Weiterbildungsmaßnahmen ein Einstieg in eine höher qualifizierte Berufstätigkeit mit besseren Arbeitsmarktchancen eröffnet werden soll, geschieht dies auf Basis einer Verpflichtung zur Teilnahme, die als Gegenleistung für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung zu erbringen ist. Solche Formen der *extrinsischen* Motivation aber sind denkbar schlechte Voraussetzungen für den Vollzug eines Qualifikationsprozesses, der von den – ja meist schon lange erwachsenen - niedrig-qualifizierten Arbeitslosen in der Regel eine sehr tiefgreifende Transformation abverlangt, die ohne starke intrinsische Motivation nicht zu schaffen ist. So bleibt die Höherqualifizierung der Problemgruppe der niedrig-qualifizierten Arbeitslosen im Ansatz stecken, was dann zusätzlich die Förderung eines Niedriglohn-Sektors als notwendig erscheinen läßt. Und manch gut ausgebildeter oder studierter Arbeitsloser wird in niedrig-qualifizierte Beschäftigungsverhältnisse hineingedrängt

und muß seine Qualifikation ungenutzt lassen, „Hauptsache er ist raus aus der Arbeitslosigkeit“.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des Krisendiskurses der letzten Jahre erscheint es mir an dieser Stelle alles andere als überflüssig hervorzuheben, daß die USA im Hinblick auf eine Politik des Wirtschaftswachstums, das radikal auf der Fortentwicklung der Arbeitsproduktivität basiert, gerade kein Vorbild sein können. Das zeigt das folgende Schaubild:

Schaubild 7: Arbeitsvolumen und Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Deutschland*, Japan und den USA 1970-2000



*1970 bis 1990 Westdeutschland, ab 1991 Ergebnisse nach ESVG 1995;
2000 z. T. geschätzt
Quellen: OECD, Sachverständigenrat sowie Berechnungen des IWG BONN

[Auch dieses Schaubild entstammt der Publikation: Miegel & Wahl 2002, S. 51]

In den USA liegt die Entwicklungskurve des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner viel viel näher an der Kurve des Arbeitsvolumens pro Einwohner als etwa bei Japan und Deutschland – aber auch als bei vielen anderen Industrienationen. Das Wirtschaftswachstum beruht dort –

so läßt sich daraus unmittelbar schließen – in sehr viel geringerem Maße auf Fortschritten der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsproduktivität als auf Mehrarbeit. Die in den USA vorherrschende Beinahe-Vollbeschäftigung wird entsprechend auch durch ein hohes Maß an unproduktiven Beschäftigungsformen und durch stagnierende Durchschnittseinkommen und sogar über Jahre hinweg steigende Arbeitszeiten erkauft.¹⁸ Dem entspricht im übrigen ein Bildungssystem, das zwar durch wenige Elite-Universitäten, aber eben auch einen breiten Bauch von „Schrott“-Universitäten gekennzeichnet ist.¹⁹ Daß in den USA die Entwicklungskurven des Bruttoinlandprodukts und des Arbeitsvolumens pro Einwohner so nahe beieinander liegen, kann eigentlich nur jemand vorbehaltlos begrüßen, für den „Erwerbsarbeit für alle“ längst zum Selbstzweck geworden ist und bei dem die traditionelle Erwerbsarbeitsethik daher auch eine pervertiert Gestalt angenommen hat.²⁰

Wer hingegen in Deutschland weiterhin dem Pfad eines Wirtschaftswachstums auf Basis von Fortschritten der Arbeitsproduktivität folgen möchte, kann von dem Fall der USA nur abgeschreckt werden und muß sich daher auch auf die stimmige Fortentwicklung der eigenen gesellschaftlichen Substanz konzentrieren. Wenn tatsächlich eine Krise der Erwerbsarbeit im genannten Sinne besteht, dann wäre der entsprechende Schritt, sich von Erwerbsarbeit als Normalmodell zu verabschieden. Das aber ginge nur unter der Bedingung, daß es gesellschaftsstrukturell tatsächlich möglich ist, ein Leben auch ohne Erwerbsarbeit zu führen. Es bedürfte also eines bedingungslos gezahlten, zum Leben ausreichenden Grundeinkommens.

Ich wende mich nun dem zweiten Focus zu, in dem die prognostizierbare Entwicklungsdynamik einer Gesellschaft mit bedingungslosem Grundeinkommen im Mittelpunkt steht.

Zweiter Focus: Die Dynamik einer Gesellschaft mit bedingungslosem Grundeinkommen

¹⁸ Siehe hierzu auch Miegel & Wahl 2002

¹⁹ Vgl. hierzu Oevermann 1998

²⁰ Die aktuell vieldiskutierte „Wiederentdeckung“ des religiös-puritanischen Erbes in den USA, zu dem die Erwerbsarbeit ja bekanntlich zentral hinzugehört (in noch viel stärkerem Maß als in den dominant lutherisch und katholisch geprägten europäischen Ländern) und für welche die gegenwärtige Regierung von Georg W. Bush steht, paßt im übrigen zu dieser Präferenz der US-amerikanischen Volkswirtschaft für Erwerbsarbeit im Sinne eines Selbstzwecks und zulasten des Fortschritts der Arbeitsproduktivität. Diese Wiederentdeckung ist in zeitlicher Hinsicht auch schon ungefähr solange im Gange, wie über die Krise der Arbeitsgesellschaft diskutiert wird: Seitdem der amerikanische Präsident Jimmy Carter sich als „wiedergeborenen Christen“ bezeichnet hat und dies im Wahlkampf eine Rolle spielte, haben alle amerikanischen Präsidenten die evangelikalen Protestanten, die die puritanische Tradition in transformierter Gestalt fortführen, in ihren Wahlkämpfen bedient. Georg W. Bush ist diesbezüglich lediglich der Höhepunkt einer schon längere Zeit zu beobachtenden Entwicklung.

Ich werde bei diesem Focus nur noch andeutungsweise einige Aspekte dieser Dynamik zu prognostizieren versuchen. Ich habe bereits an anderer Stelle Ausführungen zu dieser Frage gemacht²¹, und ein ausführlicheres Eingehen auf diesen Focus würde auch den vorliegenden Rahmen sprengen. Das detailliertere Ausbuchstabieren dieser Dynamik auf Basis des in den Sozialwissenschaften zur Verfügung stehenden Wissens wäre gleichwohl wichtig und bleibt eine Aufgabe für die Zukunft. Die Frage nach der Dynamik einer Gesellschaft mit bedingungslosem Grundeinkommen ist neben ihrer allgemeinen Bedeutung auch im Hinblick auf die Frage nach der Finanzierbarkeit des Grundeinkommens wichtig. Denn es läßt sich zwar ausrechnen, wieviel ein Grundeinkommen kosten würde, wenn man dabei die gegenwärtigen Bedingungen zugrundelegt, d.h. die gegenwärtige Wertschöpfung, Zahl der Erwerbstätigen und Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerzahl etc.. Letztlich kommt es aber darauf an, welche Dynamik ein Gemeinwesen mit bedingungslosem Grundeinkommen entfaltet und welche Folgen diese Dynamik für die Finanzierung eines solchen Grundeinkommens hat.²² Man wird sich also *auf Basis* von Finanzierungsrechnungen, die sich auf die gegenwärtigen Verhältnisse beziehen, fragen müssen, in welche *Richtung* sich die für die Finanzierung des Grundeinkommens relevanten Größen in einem Gemeinwesen und einer Wirtschaft nach Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wohl entwickeln werden. Das ist naturgemäß ein schwieriges, mit Ungewißheiten behaftetes, prognostisches Geschäft, um das man gleichwohl nicht herumkommt und das man so gut es geht zu bewältigen versuchen muß.

Nun in welche Richtung würde sich wohl ein solches Gemeinwesen entwickeln? Was sich in solch einem Gemeinwesen zunächst einmal änderte, wäre der gravierende Umstand, daß jedes Mitglied über eine basale ökonomische Unabhängigkeit verfügte. Damit käme jeder auf bescheidenem Niveau in den Genuß einer Bedingung, über die in den vergangenen Jahrhunderten im wesentlichen nur die Aristokratie und dann das klassische Bürgertum verfügten. In beiden Fällen war die ökonomische Unabhängigkeit im übrigen die Grundlage des Engagements in Politik, Kunst, Wissenschaft, Kultur usw., was man für den Fall des Bürgertums sehr schön anhand der instruktiven Geschichte mehrerer Generationen der

²¹ Franzmann & Liebermann 2000; 2003

²² Daß hier ein dringender Bedarf besteht, zeigt exemplarisch ein Aufsatz von Richard Hauser, in dem sich dieser sehr wohlwollend mit der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens aus Perspektive der katholischen Soziallehre beschäftigt und sich dabei vor allem für die Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens für Familien interessiert. Sein Resümee fällt diesbezüglich überaus positiv aus. Trotzdem streicht er die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens am Ende mit einem Federstrich mit der Bemerkung vom Tisch, daß es im Arbeitsmarkt eine Dynamik in Gang setzen würde, die dazu führte, daß noch viel mehr Menschen als gegenwärtig aus dem Erwerbsleben ausscheiden würden und entsprechend die Finanzierungslasten des Grundeinkommens in völlig untragbare Höhen stiegen. Ob diese Annahme realistisch ist, was ich für fragwürdig halte, wäre eben genauer zu begründen und betrifft im übrigen nicht mehr allein die Zuständigkeit der Wirtschaftswissenschaften. Vgl. Hauser 1999.

bürgerlichen Familie Bassermann studieren kann.²³ Die ökonomische Unabhängigkeit, die ein Grundeinkommen auf bescheidenem Niveau gewährte, würde es grundsätzlich erlauben, gegebenenfalls auch auf Erwerbsarbeit zu verzichten, die aufgrund des Zuverdienstes gleichwohl attraktiv bliebe. Wenn man trotzdem nicht erwerbstätig ist, dann unter diesen Bedingungen etwa deswegen, weil andere den Unternehmern für die noch zu besetzenden Arbeitsplätze als geeigneter erscheinen oder etwa auch deshalb, weil man die besonderen Freiheiten eines Lebens nur mit Grundeinkommen gegenüber dem zusätzlichen Einkommen bevorzugt. Und die Befürchtung, es könnten sich Massen von Menschen „auf die faule Haut legen“ oder unproduktiv vor dem Fernseher oder dergleichen verbringen, ist zwar verständlich, aber bei genauerer Betrachtung haltlos. Sie beruht offensichtlich meist auch auf der irrigen Projektion gegenwärtiger Verhältnisse in ein zukünftiges Gemeinwesen mit Grundeinkommen. Ihr kann ein sehr einfacher und elementarer Sachverhalt entgegen gestellt werden, der in der neueren, durch fallrekonstruktive Forschung empirisch gesättigten religionssoziologischen Theoriebildung eine zentrale Rolle spielt: Die Tatsache, daß man mit unproduktivem Fernsehkonsum oder dauerhaftem „Am-Strand-liegen“ nicht die von jedem Menschen in seinem Leben – mindestens implizit durch Teilhabe an einem entsprechenden, kollektiv gültigen, halbwegs glaubwürdigen Mythos – zwingend zu beantwortende Sinnfrage beantworten kann. Die Sinnfrage resultiert, wie Ulrich Oevermann überzeugend dargelegt hat²⁴, aus dem mit der Menschwerdung im Übergang von Natur zu Kultur und der Entstehung von Sprache in die Welt tretenden Dualismus zwischen der repräsentierenden Welt hypothetischer Möglichkeiten in Vergangenheit und Zukunft einerseits und der repräsentierten Welt des Hier und Jetzt der Gegenwart andererseits, der zwingend ein Bewußtsein von der Endlichkeit des Lebens zur Folge hat und vor diesem Hintergrund einen Hoffnung auf Lebenssinn angesichts des drohenden Todes spendenden Mythos erforderlich macht, der das endliche Leben zur Unendlichkeit positiv in Beziehung zu setzen vermag. Wenn nun jemand nach Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens tatsächlich „freudestrahlend“ beschließen sollte, den Rest seines Lebens vor dem Fernseher zu verbringen, dürfte er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit daher ziemlich bald in eine Sinnkrise stürzen, die sich unter der Bedingung des Nichtstuns naturgemäß auch noch besonders leicht Geltung verschaffen kann.

²³ Gall 1989. Die Anfänge dieser Familie liegen im Kleinhandwerkertum in Hanau bei Frankfurt am Main, aus dem sich die Familie Stück um Stück empor arbeitet. Mit wachsender ökonomischer Unabhängigkeit am späteren Stammsitz der Familie in Mannheim tauchen dann familiengeschichtlich auch Berufe wie Politiker, Künstler, etc. auf. – Ökonomische Unabhängigkeit ist natürlich auch bei der Aristokratie die Bedingung für solche politischen, künstlerischen, wissenschaftlichen usw. Tätigkeiten gewesen. Auch die Wissenschaft ist darauf angewiesen, daß die ökonomische Frage geklärt ist, der Wissenschaftler entweder selbst vermögend ist oder aber zumindest von einem Mäzen oder dem Staat alimentiert wird – und zwar in Reinkultur aufgrund der prinzipiellen Offenheit des Forschungsprozesses ohne genau definierbare Gegenleistung.

²⁴ Oevermann 1995; 2001a. Siehe auch: Oevermann & Franzmann 2005.

Die ökonomische Unabhängigkeit, die ein bedingungslos gezahltes, zum Leben ausreichendes Grundeinkommen bedeutete, hätte sehr konkrete Folgen für verschiedene gesellschaftliche Bereiche. Unternehmern würde es, wie oben schon angedeutet, erheblich leichter gemacht, verfügbare Rationalisierungspotentiale offensiv zu nutzen und sofern möglich auch Arbeitsplätze einzusparen, da sie die zu Entlassenden nicht ins ökonomische Nichts bzw. in die stigmatisierte und fremdbestimmte Arbeitslosigkeit schicken müßten. Generell könnte man dem unternehmerischen Handeln deutlich mehr Freiheiten einräumen, da auf Seiten der Arbeitnehmer nicht mehr der Verlust der ökonomischen Eigenständigkeit und das In-Abhängigkeit-Geraten von staatlichen Transferzahlungen drohte, sondern nur eine Minderung des Lebensstandards.

Für Arbeitnehmer bedeutete das Verfügen über ein Grundeinkommen, daß sie die Freiheit hätten, ihren Arbeitsplatz notfalls aufgeben zu können, wenn die Arbeitsbedingungen für sie nicht akzeptabel sind. Daher bedeutete ein Grundeinkommen das wirksamste, radikalste und einfachste Programm der „Humanisierung der Arbeit“, das man sich vorstellen kann. Die abhängige Beschäftigung bliebe zwar weiterhin eine abhängige Beschäftigung. Der Respekt der Autonomie des Arbeitnehmers würde aber ganz naturwüchsig ein sehr viel größeres Gewicht bekommen, als es ähnlich lautende programmatische Versuche von Unternehmensleitungen in den vergangenen Jahrzehnten je zuwege gebracht haben und bringen konnten. Autonomie aber ist die Quelle von Innovation schlechthin, so daß eine solche Stärkung der Autonomie von Arbeitnehmern unmittelbar der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zugute käme.

Personen, die man bezeichnenderweise heute noch bloß negativ als „Arbeitslose“ bezeichnet, würden zu selbstbestimmten sinnvollen Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeitsphäre freigesetzt. Ihre Arbeitslosenexistenz verwandelte sich in etwas Positivierbares, obwohl der Reiz der Erwerbsarbeit aufgrund des mit ihr verbundenen zusätzlichen Einkommens grundsätzlich aufrechterhalten bliebe. Wer die gleiche Tätigkeit, die er auch ohne Bezahlung ausüben bereit ist, weil sie ihm liegt und sie ihm als sinnvoll erscheint, auch in Verbindung mit einem Erwerbseinkommen ausüben könnte, wird diese Tätigkeit wohl als Erwerbsarbeit ausüben, zumindest solange ihm die damit verbundenen Einschränkungen an Autonomie nicht als zu gravierend vorkommen.

Familien würden finanziell erheblich gestärkt, so daß zu erwarten wäre, daß sich die Geburtenrate wieder der gegenwärtig deutlich höher liegenden Wunsch-Kinderzahl annäherte. Da das Grundeinkommen an Individuen gezahlt wird, verfügten Frauen auch dann über eine basale ökonomische Unabhängigkeit, wenn sie sich in einem Konflikt zwischen Mutterschaft und Erwerbstätigkeit zugunsten von ersterer entscheiden sollten. Beide Elternteile wären letztlich sehr viel flexibler darin, die Familien- und die Erwerbsarbeitsphäre miteinander zu kombinieren.

Anzunehmen ist auch, daß sich ein fließender, produktiver Übergang und Austausch zwischen der Erwerbsarbeitsphäre einerseits und der Sphäre von Tätigkeiten nur auf Basis eines Grundeinkommens andererseits ergäbe. Zwar kommt bereits heute der Übergang zwischen der Sphäre der Erwerbsarbeit und der Sphäre der ökonomischen Existenz auf Basis von Transferzahlungen zunehmend in Fluß, zeigt sich aber aufgrund der ökonomischen Abhängigkeit, die Transferzahlungen bedeuten, und aufgrund der mit ihnen verbundenen Stigmatisierung klar von einer negativen Seite. Bei Verfügbarkeit eines Grundeinkommens könnte sich der fließende Eintritt und Austritt aus der Sphäre der Erwerbsarbeit als produktive Dynamik erweisen. Der Austritt aus der Sphäre der Erwerbsarbeit könnte freiwillig wie unfreiwillig erfolgen. In einem Fall könnte sich etwa jemand bewußt für eine Zeit aus der Erwerbsarbeit verabschieden, um auf Basis des Grundeinkommens eine ihn umtreibende Idee solange auszuarbeiten, bis sie für eine Existenzgründung taugt. Im anderen Fall könnte ein Entlassener das Grundeinkommen als Moratorium nutzen, um sich für einen erneuten Wiedereintritt in die Sphäre der Erwerbsarbeit zu rüsten. Das Grundeinkommen eröffnete mit anderen Worten einen Freiraum zum Ausbrüten und zur Entwicklung von Ideen sowie zur Bildung und Fortbildung, welcher den technologischen Fortschritt im umfassenden Sinne sicherlich enorm befeuern würde und die vielbeschworene „Wissensgesellschaft“ strukturell auf eine ganz neue, stabile Grundlage stellte, so daß tatsächlich die Chance bestünde, die schon erwähnten, wünschenswerten drastischen Fortschritte in der Arbeitsproduktivität vielleicht doch bewerkstelligen zu können.

Die sich nun vor dem Hintergrund dieser Ausführungen aus dem zweiten Fokus im Hinblick auf die Frage *Was spricht für die Einführung eines bedingungslos gezahlten, ausreichenden Grundeinkommens?* ergebende, zusammenfassende Antwort kann unmittelbar an dem Sachverhalt anknüpfen, daß die ökonomische Unabhängigkeit, die ein Grundeinkommen jedem Mitglied eines Gemeinwesens auf bescheidenem Niveau gewährte, *ein ungeheurer Autonomiegewinn darstellte*. Denn substantielle Autonomiegewinne sind aus mehreren Gründen vernünftig und wünschenswert: Zum einen begründet sich der moderne, demokratische Nationalstaat zentral auf der Autonomie seiner Bürger. Deren Autonomie hat er zu respektieren und nach Möglichkeit zu befördern. Darüber hinaus ist Autonomie aber auch die Quelle von Innovation par excellence, und ein so ungeheurer Autonomiegewinn wie ihn die ökonomische Unabhängigkeit für jedes Mitglied des Gemeinwesens darstellte – d.h. nicht nur für von Wegrationalisierung bedrohte Arbeitnehmer, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, sondern eben auch für Unternehmer, Existenzgründer, Politiker, Familien, Ehrenamtliche, usw. – , wäre mit Sicherheit eine ebenso ungeheure Triebfeder der ökonomischen Entwicklung und stellte die kapitalistische Wertschöpfung strukturell auf die dynamische, wissens- und innovationsorientierte Grundlage, die heute noch vergleichsweise

Was spricht für die Einführung eines bedingungslos gezahlten, ausreichenden Grundeinkommens?
(Vortragsmanuskript)

abstrakt gefordert wird, ohne daß dabei im ausreichenden Maße die dazu nötigen strukturellen Bedingungen gesehen werden. Der Schritt in ein Gemeinwesen mit Grundeinkommen würde sich, und damit möchte ich schließen, nahtlos in den vom Weber so bewundernswert analysierten universalhistorischen Rationalisierungs- und Säkularisierungsprozeß einfügen, der holzschnittartig formuliert vor allem die Realisierung des für die menschliche Lebenspraxis kennzeichnenden Autonomiepotentials zum Gegenstand hat.

Literatur

- Althammer, Jörg (2002): *Erwerbsarbeit in der Krise? Zur Entwicklung und Struktur der Beschäftigung im Kontext von Arbeitsmarkt, gesellschaftlicher Partizipation und technischem Fortschritt*. Berlin: Duncker und Humblot.
- Bäcker, Gerhard ; Reinhard Bispinck; Klaus Hofemann & Gerhard Naegele (2000): *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 1: Ökonomische Grundlagen, Einkommen, Arbeit und Arbeitsmarkt, Arbeit und Gesundheitsschutz*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2000.
- Franzmann, Andreas (2004): *Der Intellektuelle als Protagonist der Öffentlichkeit: Krise und Raisonement in der Affäre Dreyfus*. Frankfurt am Main: Humanities Online.
- Franzmann, Manuel & Sascha Liebermann (2000): "Saving citizenship from the workhouse. Why upholding the obligation to work undermines the citizen's autonomy. (8th. Conference of the 'Basic Income European Network' in Berlin, 6./7. Oktober 2000)." Vortragsmanuskript, Berlin. 9 S.:
<http://www.etes.ucl.ac.be/bien/Files/Papers/2000FranzmannLiebermann.pdf>
- (2003): "Einleitung zur Ad-hoc-Gruppe: 'Die Krise der Erwerbsarbeitsethik und der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Staatsbürger - Implikationen für die Autonomie der Lebenspraxis'." In: Allmendinger, Jutta (Hg.). *Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002. Beiträge aus Arbeitsgruppen, Sektionssitzungen und den Ad-hoc-Gruppen (CD-ROM)*. Opladen: Leske + Budrich.
- Gall, Lothar (1989): *Bürgertum in Deutschland*. Berlin: Siedler.
- Hauser, Richard (1999): "Das allgemeine Grundeinkommen: sein Beitrag zur Verminderung von Arbeitslosigkeit und sein Verhältnis zu dem von der katholischen Soziallehre geforderten Familienlohn." *Caritas*, Jg. 100, H.8/9, S. 357-367.
- Helfer, Joachim (2004): "Die Zukunft der Gerechtigkeit,." *Netzzeitung*, 14.12.2004.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1996): *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil I: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern*. Bonn: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen.
- (1997): *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil II: Ursachen steigender Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern*. Bonn: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen.
- (Hg.) (1998): *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland: Entwicklungen - Ursachen - Maßnahmen. Leitsätze, Zusammenfassung und Schlußfolgerungen der Teile I, II und III des Kommissionsberichts*. München: Olzog.

Was spricht für die Einführung eines bedingungslos gezahlten, ausreichenden Grundeinkommens?
(Vortragsmanuskript)

Lamparter, Dietmar H.; Kolja Rudzio & Wolfgang Uchatius (2004): "Das Jahr der Demontage." *DIE ZEIT*.

Liebermann, Sascha (2002): *Die Krise der Arbeitsgesellschaft im Bewußtseins deutscher Unternehmensführer. Eine Deutungsmusteranalyse*. Frankfurt am Main: Humanities Onlie.

Miegel, Meinhard & Stefanie Wahl (2002): *Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit. Probleme und Perspektiven*. München: Olzog.

Mitschke, Joachim & Ulrich Oevermann (2001): "Diskussion zur Krise der Arbeitsgesellschaft und zum bedingungslosen Grundeinkommen." In: Becker, Roland; Andreas Franzmann; Axel Jansen & Sascha Liebermann (Hg.). *Eigeninteresse und Gemeinwohlbindung. Kulturspezifische Ausformungen in den USA und Deutschland*. Konstanz: UVK.

Oevermann, Ulrich (1983): "Kann Arbeitsleistung weiterhin als basales Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit dienen?" Manuskript, Frankfurt am Main: www.rz.uni-frankfurt.de/~hermeneu/Arbeitsleistung.PDF

— (1995): "Ein Modell der Struktur von Religiosität. Zugleich ein Strukturmodell von Lebenspraxis und von sozialer Zeit." In: Wohrab-Sahr, Monika (Hg.). *Biographie und Religion. Zwischen Ritual und Selbstsuche*. Frankfurt am Main: Campus. S. 27-102.

— (1998): "Ein unverwüstliches Bildungsideal für das Universitätsstudium?!" In: Studienstiftung des deutschen Volkes (Hg.). *Jahresbericht der Studienstiftung des deutschen Volkes*,. Bonn. S. 21-31.

— (1999): "Thesen zum Rahmenthema: 'Ethische Verantwortung - Beschäftigung - Globalisierung'. Vortrag in der WIPOG in Frankfurt am Main am 21.4.1998." In: Main, Industrie- und Handelskammer Frankfurt am (Hg.). *Jahresbericht*. Frankfurt am Main.

— (2001a): "Bewährungsdynamik und Jenseitskonzepte - Konstitutionsbedingungen von Lebenspraxis." In: Schweidler, W. (Hg.). *Wiedergeburt und kulturelles Erbe*. St. Augustin: Academia. S. 289-338.

— (2001b): "Die Krise der Arbeitsgesellschaft und das Bewährungsproblem des modernen Subjekts." In: Becker, Roland; Andreas Franzmann; Axel Jansen & Sascha Liebermann (Hg.). *Eigeninteresse und Gemeinwohlbindung. Kulturspezifische Ausformungen in den USA und Deutschland*. Konstanz: UVK.

Oevermann, Ulrich & Manuel Franzmann (2005): "Strukturelle Religiosität auf dem Wege zur religiösen Indifferenz." In: Köck, Nicole (Hg.). *Religiosität in der säkularisierten Welt. (Im Erscheinen)*. Opladen: Leske+Budrich.

Schmidt, Gert (Hg.) (1999): *Kein Ende der Arbeitsgesellschaft: Arbeit, Gesellschaft und Subjekt im Globalisierungsprozeß*. Berlin: Ed. Sigma.

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2002): *Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.